Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8147**

14. Wahlperiode 30. 01. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Rainer Brüderle, Gudrun Kopp, Ina Albowitz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 14/7454 –

Konsumenten- und Investorenvertrauen stärken – Wachstumskrise mit strukturellen Reformen überwinden

A. Problem

Wachstumskrise der deutschen Volkswirtschaft aufgrund einer falschen Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung; Notwendigkeit einer Vorziehung der nächsten Steuerreformstufen auf 2002 und eines Zeitplans für eine Deregulierungs- und Entbürokratisierungsoffensive in der Wirtschaft.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags der Fraktion der FDP.

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 14/7454 – abzulehnen.

Berlin, den 23. Januar 2002

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Dr. Heinz Riesenhuber	**Dr. Ditmar Staffelt**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Ditmar Staffelt

I.

Der Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 14/7454 – wurde in der 208. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Dezember 2001 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

II.

Deutschland steckt nach Auffassung der antragstellenden Fraktion in einer tiefen Wachstumskrise, obwohl die Europäische Zentralbank erhebliche geldpolitische Impulse gibt. Verantwortlich ist nach Meinung der Antragsteller die Politik der Bundesregierung, die die Wachstumskräfte im Land lahmgelegt und das Vertrauen der Menschen in die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beschädigt hat.

Über den Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die nächsten Steuerreformstufen auf 2002 vorzuziehen und eine baldige Steuerreform II ohne Reformpause bis zum Jahre 2006 einzuleiten, in deren Mittelpunkt der Übergang zu einem einfacheren Stufentarif stehen soll. Gleichzeitig soll ein Zeitplan für eine Deregulierungs- und Entbürokratisierungsoffensive vorgelegt werden, deren wesentliche Bestandteile unter anderem eine Liberalisierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und die Erleichterung der Befristung von Arbeitsverträgen darstellen sollen.

Die Antragsteller erläutern in einem umfangreichen Maßnahmenkatalog, welche weiteren Schritte sie für eine Verbesserung der gegenwärtigen gesamtwirtschaftlichen Lage für erforderlich halten.

III.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 120. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat die Vorlage in seiner 114. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage in seiner 74. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP beschlossen, den Antrag abzulehnen.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 71. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten.

Er beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags – Drucksache 14/7454 – zu empfehlen.

Berlin, den 23. Januar 2002

Dr. Ditmar Staffelt
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333